

Milliarden-Loch im staatlichen Pensionssystem!

Hausgemachte Kostentreiber und Corona als Ursachen. Private Vorsorge ein Muss.

Walter Pöltner, Chef der Pensionskommission, die über die Stabilität des Systems wachen soll, mahnte im Sommer im STANDARD:

„Bereits im Vorjahr, noch lange vor der Pandemie, war klar, dass die Ausgaben des Bundes für die Pensionen in den kommenden Jahren stark steigen werden.“

Dafür sind vor allem **zwei demographische Effekte** verantwortlich: Zum einen steigt die Lebenserwartung ständig, zum anderen gehen geburtenstarke Jahrgänge (die sogenannten Baby-Boomer) bald in Pension. Wir haben darüber regelmäßig im **BAV-Newsletter berichtet**. Etwa im Dezember 19 ([hier...](#)), im Juni 19 ([hier...](#)) oder im Feber 19 ([hier klicken...](#)).

Und gleichzeitig **überaltert unsere Gesellschaft**, d.h. immer weniger Junge müssen immer mehr Alte durch ihre Pensionsbeiträge finanzieren. Laut Statistik Austria steige die Zahl der „Über-65-jährigen“ bis 2065 um eine Million auf 2,76 Millionen. So DER STANDARD. **Details dazu** können Sie im Beitrag „Ab 2021 mehr Alte als Junge in Österreich!“ in diesem BAV-Newsletter nachlesen.

Auf diese Effekte weisen seit vielen Jahren „Mahner“ hin (etwa Rürup, Marin) und kommen zum Schluss, dass das österreichische staatliche **Pensionssystem nicht zukunftssicher sei**. Egal ob Wirtschaftsforscher, internationale Organisationen oder Pensionsexperten. Sie alle deponieren in regelmäßigen Abständen: So kann es nicht weitergehen.

Und nun kommt auch **noch Corona dazu**. Durch den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit fallen Versicherungsbeiträge weg. DER STANDARD zitierte im Sommer aus der **Prognose des Dachverbands der Sozialversicherungen**. Demnach soll jener Beitrag, den der Bund zur Finanzierung der Pensionen zuschießt („Defizit-Abdeckung“), um 1,58 Milliarden von 6,87 Mrd. im Vorjahr auf heuer 8,45 Mrd. steigen. Und bis 2024 droht dieser Zuschuss sogar auf 11,65 Mrd. anzuwachsen.



Graphik: DER STANDARD

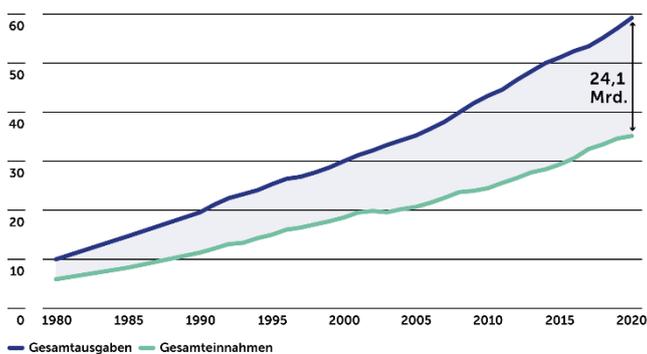
Zur Erinnerung: Dieser Zuschuss des Staates ist nötig, weil die Versicherungsbeiträge der Versicherten nicht ausreichen, um die versprochenen Pensionen auszubezahlen. Aber mit den oben genannten 11,65 Mrd. Euro ist es nicht getan. Es gibt ja auch noch die Kosten der Ausgleichszulage (wird ausbezahlt, um kleine

Pensionen auf die Höhe einer Mindestpension zu heben) und andere Kosten für Pensionen, wodurch im Vorjahr nicht nur die 6,87 Mrd. für Defizit-Abdeckung, sondern insgesamt 9,97 Mrd. Steuergeld in die staatlichen (ASVG-)Pensionen gebuttert wurden. Und man schätzt, dass die Altersversorgung der Beamten etwa noch einmal so viel kostet. Wir also von **rund 24 Mrd. Euro staatlichem Geld für Pensionen sprechen**.

Zu genau **dem gleichen Ergebnis kamen die Berechnungen des Think Tanks Agenda Austria**, der 24,1 Mrd. als Lücke zwischen Beiträgen und Auszahlungen im Pensionssystem errechnete:

Pensionskosten

– Einnahmen und Ausgaben im öffentlichen sowie gesetzlichen Pensionssystem, in Milliarden Euro



Quelle: Eigene Berechnungen, EcoAustria, Budgetdienst, ESSOSS, Wifo.
Anmerkung: Schätzung 2019, 2020.



Grafik: Agenda Austria

Auch Agenda Austria bringt die Ursachen auf den Punkt: Die Pensionen werden immer länger bezogen und das Verhältnis von Einzahlern zu Pensionisten verschlechterte sich zunehmend. Konkret: Derzeit zahlen die Bürger im Schnitt weniger als 32 Jahre ein und seien dann mehr als 20 Jahre in Pension. Verschlimmern werde sich das Problem, weil die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boomer in Pension gehen. Um dieses Finanzierungsproblem nicht alleine den zukünftigen Generationen umzuhängen, solle „das **Pensionsantrittsalter ab sofort jedes Jahr um zwei Monate angehoben werden**, bis ein Antrittsalter von 67 Jahren erreicht ist“, fordert Agenda Austria.

Virus ist nicht alleine schuld!

Doch der Chef der Pensionskommission, Walter Pöltner, nannte im Sommer im STANDARD auch **hausgemachte Gründe für den explodierenden Zuschussbedarf der Steuerzahler:**

Vor der Nationalratswahl im Vorjahr seien „**Goodies für Senioren**“ im Parlament verabschiedet worden. Die jährliche Pensionsanpassung sei höher als die Inflationsrate ausgefallen und Neu-Pensionisten müssen nicht mehr mindestens 1 Jahr warten, um erstmals die Inflation abgegolten zu erhalten. Und die **Neuaufgabe der „Hacklerregelung“** war ebenfalls ein Geschenk vor der Wahl davor. Und erlaubte, nach 45 Arbeitsjahren mit 62 Jahren OHNE ABSCHLÄGE in Frühpension zu gehen. Diese Posten summieren sich auf Hunderte Millionen und das hätte die Politik gewusst. Und abschließend Herr Pöltner: „Umso mehr haben mich die Beschlüsse geärgert.“

Während wir diesen Beitrag texteten, fand die **Budget-Diskussion** im österreichischen Parlament statt. Die Wogen gingen hoch, weil die Regierung die **abschlagsfreie Frühpension für Hackler abschaffen** und durch einen Zuschuss für frühzeitig zu arbeiten beginnende Bürger ersetzen möchte. Während die Opposition von „Pensionsraub“ sprach, möchte die Regierung einen „Akt der Gerechtigkeit“ setzen. Und tatsächlich wurde dieses Wahlzuckerl mit den Stimmen der regierenden Parteien beseitigt.

Abschaffung der Hacklerregelung

Der Parlamentsbeschluss bedeutet, dass jeder Person, die vorzeitig (also vor dem 65 Lebensjahr) in Pension gehen will, **pro Jahr 4,2 Prozent abgezogen werden**. Also bei einem Antritt mit 62 Jahren ergeben sich 12,6 Prozent. Diese Regelung galt schon seit ein paar Jahren, um den **Zuzug zur Frühpension zu bremsen**. Nur für die Hackler wurde damals vor der Wahl eine Ausnahme geschaffen. Bei der Parlamentsdebatte erfuhr man, dass sich durch die Hacklerregelung – also das Wegfallen der Abzüge wegen frühzeitigen Pensionsantritts mit 62 – die durchschnittliche Hacklerpension **um EUR 420** im Monat erhöht habe.

Stattdessen wird nun die Regierung den frühzeitigen Arbeitsbeginn durch einen **"Frühstarterbonus" von maximal EUR 60** pro Monat belohnen und damit auch die Frauenpensionen erhöhen. Denn die **bisherigen Profiteure** der Hacklerregelung waren hauptsächlich gutverdienende Männer. Während Frauen durch Kindererziehung etc. kaum auf 45 Versicherungsjahre kamen. Konkret lag die durchschnittliche Hacklerpension bei EUR 2.845 pro Monat. Während der Durchschnitt der Alterspensionen bei EUR 2.230 (Männer) und EUR 1.260 (Frauen) lag, zitierte DER STANDARD.

Und ein weiteres **Wahlzuckerl aus 2019 wurde rückgängig gemacht**: Nämlich die volle Pensionserhöhung, wenn man erst Mitte des Jahres in Pension geht. Wer etwa im Juni 2022 in Rente geht, bekommt 2023 nur die halbe Pensionserhöhung; wer beispielsweise im Oktober 2022 seine Pension antritt, kriegt 2023 nur zehn Prozent der **Teuerungsabgeltung**.

Zur Erklärung: Üblich ist, dass Pensionen jährlich um das Ausmaß der Inflationsrate des Vorjahres erhöht werden. Nun wird diese **Erhöhung „aliquotiert“**: Wer im Jänner in Pension gegangen ist, erhält im Folgejahr die volle Abgeltung. Bei Antritt im Februar gibt es 90 Prozent der Erhöhung, bei März 80 Prozent und so weiter. Wer im November oder Dezember in Pension ging, muss bis zum übernächsten Jahr auf den Teuerungsausgleich warten.

Dieser **Frühstarterbonus** soll im ersten Jahr voraussichtlich rund 60.000 bis 70.000 Personen zugutekommen. Etwa die Hälfte davon werden Frauen sein. Und damit würden 4x mehr Menschen von dieser Regelung profitieren als von der Hacklerregelung, die jährlich von rund 13.000 Menschen genutzt wurde. Diese Zahlen zitierte die Krone, die sich auf eine Schätzung der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) bezog.

Wie veranlagten Herr und Frau Österreicher aktuell ihr Geld und wie kann man die Vorteile der BAV und LV in die Auslage stellen?

Wie die Österreicher investieren (möchten), das erhebt das **GfK-Stimmungsbarometer** seit Jahren. Knapp vor dem Weltspartag veröffentlichte GfK wieder eine aktuelle Analyse des Spar- und Anlageverhaltens. Dabei stellte sich heraus, dass das **Sparbuch nach wie vor der Renner ist, trotz Niedrigzinsumfeld**. Zwar würden viele Österreicher gerne in Gold und Betongold (Eigentumswohnungen) investieren, doch faktisch seien die „Österreicher risikoavers, möchten einen schnell verfügbaren Notgroschen auf der Seite haben und verfügen über weniger Expertise hinsichtlich komplexeren Anlageformen“. Und man dürfe bei der Interpretation der Zahlen „nicht vergessen, dass sich nur ein Teil der Bevölkerung Eigentum auch leisten könne“.

Auch wenn es in den letzten Monaten ein Ansteigen bei Investmentfonds gab (immerhin um 4 % lt. GfK), stellt sich doch die Frage: **Wie macht man aus Sparbuch-Fans Interessenten für die Lebensversicherung?**
Informieren Sie Ihre Kunden und Kundinnen: Denn alle oben präsentierten Zahlen und Studien zeigen: Die Belastungen für das staatliche Gesundheits- und Pensionssystem werden zunehmen. Gleichzeitig beginnen vergangene Pensionsreformen zu wirken (lebenslange Durchrechnung reduziert die Pensionshöhe). Corona-bedingte Mehrausgaben in Milliardenhöhe werden in den nächsten Jahren zurückgezahlt werden müssen. Das

senkt den finanziellen Spielraum des Staates. **Sparpakete** werden wohl die Folge sein. Private und berufliche Vorsorge ist also fast ein Muss, möchte man sich auch im Alter den gewohnten Lebensstil leisten können.

Besonders bei Frauen gilt es darauf hinzuweisen, dass sie von Altersarmut bedroht sind, da durch die Lohnschere zwischen Männern und Frauen (die im letzten Jahr sogar weiter aufgegangen ist), die Kinderpause und das frühere Pensionsantrittsalter wesentlich weniger Pensionsmonate zusammenkommen, was in der merklich geringeren Pension sichtbar wird (Männer EUR 1.508, Frauen EUR 938).

Für beide Geschlechter kann die Empfehlung an Ihre Kunden und Kundinnen nur lauten: **Die erste Pensionssäule durch eine zweite und dritte Säule abzustützen**. Also gilt es, betrieblich und/oder privat vorzusorgen, um sich auch im Alter den gewohnten Lebensstil leisten zu können.

Ebenso sind Kunden und Kundinnen darauf hinzuweisen, dass **Sparbücher durch die Inflation und nahezu Nullzinsen eine ständige negative Realverzinsung** aufweisen.

Wir haben uns zur Frage „Wie machen Sie aus Sparbuch-Sparern wieder Anleger“ bereits im Dezember-BAV-Newsletter des Jahres 2017 Gedanken gemacht. **Zum Nachlesen** [hier klicken...](#)

Die Argumente von damals gelten auch heute noch, hier kurz zusammengefasst:

- Nullzinspolitik bringt **dank Inflation Realverluste** beim angelegten Geld.
- **Sparbuch** ist für Vorsorgezwecke **ungeeignet**, da man rasch Geld abheben kann.
- Nicht nur den Garantiezins bei Lebensversicherungen vergleichen, sondern auch die **Gewinnbeteiligung**. Zurich liegt hier seit Jahren nachhaltig ganz vorne.
- Niedrigzinssituation bleibt wohl noch einige Zeit erhalten. Gleichzeitig **boomt(e) jahrelang die Wirtschaft**. Jene Unternehmen, deren Aktien und Anleihen u.a. auch im Deckungsstock der Lebensversicherungen stecken, erzielen Gewinne.
- **Risikostreuung** ist wichtig! Wer Geld zum Anlegen hat, sollte seine „Eier auf viele unterschiedliche Körbe“ aufteilen.
- **Cost-Average-Effekt**: Durch monatliche Beiträge profitiert man von Phasen, in denen Aktien schlechter performen, denn man erhält für das gleiche Geld mehr Anteile.
- Während **Banken strauchelten**, musste in der Finanzkrise **keine Versicherung gerettet** werden. Der Grund für diese Stabilität liegt darin, dass seit vielen Jahren Reserven aufgebaut werden (müssen), um die versprochenen Renditen auch garantieren zu können.
- **Lebenslange Auszahlung** macht den entscheidenden Unterschied: Erhalten Sie eine monatliche Pension, dann ist nicht nur die **vorherige Verzinsung** von Bedeutung, sondern vielmehr die Tatsache, dass aus dem angesparten Kapital die Pension lebenslang ausbezahlt wird. Da wäre das Sparbuchguthaben schon lange aufgebraucht!

Wir hoffen, damit gelingt es Ihnen als Beraterin/Berater, Ihre gesellschaftlich wichtige Aufgabe – nämlich die Absicherung von Herrn und Frau Österreicher – wahrzunehmen. Mit obigen Argumenten sollte es glücken, einen Teil vom Sparbuch in Vorsorgeprodukte und damit in die langfristige Vorsorge umzuleiten.

Noch ein finaler Tipp: **Nutzen Sie das Pensionskonto**, um die zu erwartende Pension errechnen zu lassen. Vielleicht können die nackten Zahlen und obige Argumente helfen, den Verdrängungsmechanismus vieler Menschen zu durchbrechen.

Quellen: GfK Anleger-Stimmungsparameter, Agenda Austria, DER STANDARD, krone.at